

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

17. WP - 14. Sitzung

am Mittwoch, dem 30. Juni 2010, 13 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Hauke Göttisch (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Lothar Hay (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

i. V. von Sandra Redmann

Carsten-Peter Brodersen (FDP)

Cornelia Conrad (FDP)

i. V. von Günther Hildebrand

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ranka Prante (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Nachhaltigkeitsbericht 2009	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/170	
Schwerpunktthema 1: Strategien zum Klimawandel	
2. a) Schleswig-Holstein ohne Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen	7
Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/294 (neu)	
b) Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/390	
Koexistenz landwirtschaftlicher Anbaufirmen	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/420 (selbstständig)	
(überwiesen am 20. Mai 2010 an den Umwelt- und Agrarausschuss und den Europaausschuss)	
3. Gesamtkonzept Elektromobilität in Schleswig-Holstein	8
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/456 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD (selbstständig) Drucksache 17/547	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP (selbstständig) Drucksache 17/650	
4. Ausschussreise	9
5. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Nachhaltigkeitsbericht 2009

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/170

Schwerpunktthema 1: Strategien zum Klimawandel

Herr Dr. van Radecke vom Kompetenzzentrum Windenergie Schleswig-Holstein CEwind gibt anhand eines PowerPoint-Vortrages einen Überblick insbesondere über das Kompetenzzentrum Windenergie (siehe Anlage).

Abg. Fritzen stellt Nachfragen hinsichtlich der Forschung bei der Reduzierung von Schallgeräuschen bei Rammarbeiten. Herr Dr. van Radecke legt dar, Büsum habe einen kleineren Beitrag an einem Projekt gehabt, das von der Universität Hannover durchgeführt worden sei. Ob es Mittel für ein Pilotprojekt gebe, sei ihm nicht bekannt. Er ergänzt auf eine Nachfrage der Abg. Todsens-Reese, derzeit würden Schallmessungen unter Wasser angestellt. Es gehe zunächst einmal darum herauszufinden, wie viel Schall im Betriebsfall vorhanden sei. Daraus ergäben sich sicherlich in Zusammenarbeit mit dem BMU und dem Bundesamt für Hydrografie Weiterentwicklungen, was den Stand der technischen Entwicklung angehe, um Schallvermeidung zu fördern.

Er beantwortet eine Frage der Abg. Todsens-Reese dahin, dass der Schattenwurf ein Projekt sei, mit dem ausgerechnet werden könne, wann wo welcher Schatten falle. Dies diene der Einhaltung der entsprechenden Vorschriften, die gegebenenfalls eine Abschaltung der Anlage vorsehe.

Weitere Fragen der Abg. Todsens-Reese und Dr. Tietze hinsichtlich des Master-Studiengangs beantwortet er dahin, dass Eingangsvoraussetzung der Bachelor sei, und zwar eher technisch orientiert. In drei Semestern solle die technische und wirtschaftliche Ausbildung für einen technischen Generalisten erfolgen. Dieser solle in Führungspositionen eingesetzt werden.

Frau Dr. Meinke, Leiterin des Norddeutschen Klimabüros am Institut für Küstenforschung GKSS Forschungszentrum Geesthacht, trägt anhand des aus der Anlage ersichtlichen Power-Point-Vortrages vor.

Abg. Hay legt dar, Frau Dr. Meinke habe angesprochen, dass mit einem Anstieg des Meeresspiegels zu rechnen sei, aber auch mit mehr Sturmfluten. Vor diesem Hintergrund frage er, ob es sinnvoll sei, darüber nachzudenken, ähnlich wie in den Niederlanden mehr Überschwemmungsflächen in die Planung aufzunehmen. Dem stimmt Frau Dr. Meinke zu. Hamburg verfolge dieses Konzept bereits. Aus wissenschaftlicher Sicht sei es sicherlich sinnvoll. Dies müsse aber auch auf Akzeptanz stoßen.

Abg. Dr. Höppner erkundigt sich nach unterschiedlichen Auswirkungen im Süden und im Norden Deutschlands. Frau Dr. Meinke legt dar, Übereinstimmung bestehe in der Auffassung, dass es insgesamt Änderungen geben werde. Wahrscheinlich werde Süddeutschland stärker betroffen sein. Aber auch in Norddeutschland werde es einen Anstieg der Temperatur geben. In Norddeutschland gebe es andere Probleme als im Süden. Hier müsse insbesondere der Küstenschutz bedacht werden. Von daher spreche sie nicht von einem Nord-Süd-Gefälle. Der Klimawandel werde sich regional unterschiedlich ausprägen.

Auf eine Nachfrage der Abg. Todsens-Reese zu diesem Thema legt Frau Dr. Meinke dar, dass Küstenschutzstrategien nicht ihr Forschungsgebiet seien. Ihrer Auffassung nach sollte es aber auch Vermeidungsstrategien geben und überlegt werden, ob man dem Wasser dauerhaft wieder mehr Raum geben könne. Es sei wichtig, das Bewusstsein der Menschen zu stärken, wo sie lebten, sodass sie sich an diese Verhältnisse anpassen.

Frau Dr. Meinke geht sodann auf eine weitere Frage der Abg. Todsens-Reese hinsichtlich der Abschmelzung von Eismassen in der Antarktis ein und legt dar, dass sich dadurch die Erwärmung möglicherweise verlangsamen. Es werde aber zu einer solchen kommen.

Auf eine weitere Frage der Abg. Todsens-Reese antwortet sie, bei Klimaänderungen werde über Klimastatistiken geredet. So lägen besonders strenge Winter, wie es der letzte einer gewesen sei, im normalen Schwankungsbereich. Das sei kein Gegenbeweis für einen Klimawandel.

Abg. Dr. Höppner gibt zu bedenken, dass es auch in früheren Jahrhunderten bereits große Klimaschwankungen gegeben habe, man habe beispielsweise im Rahmen der Holzbiologie längere Wärmeperioden feststellen können. Er möchte wissen, ob diese historischen Erfahrungen in die Berechnungen einfließen. Frau Dr. Meinke bejaht dies. Es habe in der Erdge-

schichte immer wieder wärmere Phasen gegeben. Allerdings sei die Geschwindigkeit der Erwärmung, die auf der Erde derzeit stattfindet, einzigartig. Diese könne nicht erklärt werden, ohne den menschlichen Einfluss zu berücksichtigen.

Der Ausschuss verständigt sich sodann darauf, in seiner nächsten Sitzung eine Verständigung über die Gesprächspartner zum Themenkomplex 2 zu treffen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Schleswig-Holstein ohne Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen

Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/294 (neu)

b) Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/390

Koexistenz landwirtschaftlicher Anbaufirmen

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/420 (selbstständig)

(überwiesen am 20. Mai 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Europaausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Anhörung gemeinsam mit dem Europaausschuss am 25. August 2010, 10 Uhr, durchzuführen.

Er beauftragt die Sprecher der Fraktionen, sich über den Kreis der mündlich und der schriftlich Anzuhörenden zu verständigen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Gesamtkonzept Elektromobilität in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/456 (neu)

Wirtschaftsmotor Elektromobilität in Schleswig-Holstein

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/547

Zukunft der Elektromobilität in Schleswig-Holstein

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/650

(überwiesen am 16. Juni 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Abg. Fritzen legt dar, Schwerpunkt des Antrages liege im Wirtschaftsbereich. Vor diesem Hintergrund hätte der Wirtschaftsausschuss der federführende Ausschuss sein sollen. Auch Abg. Dr. Tietze meint, dass die Ausrichtung des Antrags mehr wirtschaftspolitisch sei. Er schlägt vor, zunächst die Beratungen des Wirtschaftsausschusses abzuwarten.

Abg. Dr. Höppner schließt sich dem an.

Der Ausschuss stellt die Beratungen zurück.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ausschussreise

Der Vorsitzende legt dar, BASF habe ein Schreiben an den Umwelt- und Agrarausschuss gerichtet, mit dem dieser eingeladen worden sei, den Hauptsitz Limburger Hof zu besichtigen. Dieses Schreiben sei in vielen Teilen unglücklich formuliert. Es stehe BASF nicht zu, das Verhalten einzelner Fraktionen zu kommentieren. Das habe er auch bereits bei dem Besuch des Versuchsstandortes Hof Siek deutlich gemacht. Im Übrigen spreche er sich dagegen aus, bei einer möglichen Ausschussreise die Übernachtungskosten durch BASF tragen zu lassen.

Grundsätzlich müsse ein Ausschuss in der Lage sein, sich vor Ort informieren zu können. Er schlage dem Ausschuss allerdings in diesem Fall vor, von einer Ausschussreise zum Limburgerhof zum jetzigen Zeitpunkt Abstand zu nehmen.

Abg. Dr. Höppner legt dar, das Verhalten von BASF sei so nicht akzeptabel und unglücklich. Grundsätzlich spreche er sich aber dafür aus, die Möglichkeit zu haben, eine derartige Einrichtung zu besichtigen, auch wenn es sich um eine industrielle Einrichtung handele.

Abg. Hay trägt vor, er sei jederzeit bereit, sich mit unterschiedlichen Argumenten auseinanderzusetzen. Das vorliegende Schreiben von BASF halte er allerdings nicht nur für unglücklich, sondern für eine unverschämte Kritik.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu und wird zum derzeitigen Zeitpunkt keine Ausschussreise zum Limburgerhof durchführen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Australischer Giftmüll

M Dr. Rumpf berichtet darüber, dass es Erkenntnisse über eine Anfrage der Firma Orica in Dänemark zur Verbringung von Abfällen gebe. In Schleswig-Holstein liege noch kein erneuter Antrag zur Entsorgung vor.

Auf eine Nachfrage der Abg. Fritzen legt ein Vertreter des Ministeriums dar, dass es in Nyborg eine Anlage gebe, die technisch ähnlich der der SAVA sei; sie sei in der Lage, derartige Stoffe zu verbrennen.

b) Antragsbearbeitung bei Windkraftanlagen

M Dr. Rumpf legt dar, sie sei auf einen Antragsstau insbesondere in Dithmarschen bezüglich der Genehmigung von Windkraftanlagen angesprochen worden. Im Jahr 2009 habe es 60 Anträge gegeben. Die Verfahrensbearbeitung sei zurückgestellt worden, da zunächst die Zustimmung der Bundeswehr für die Errichtung dieser Anlagen habe abgewartet werden müssen; sie lägen seit Anfang 2010 vor. Die vorliegenden Anträge würden nunmehr bearbeitet. Es seien organisatorisch Vorkehrungen getroffen worden, die zuständige Stelle zu verstärken. Bei einigen Anträgen seien die Unterlagen nicht vollständig gewesen. Gleichwohl gebe es Bemühungen, die Verfahren zu beschleunigen. Derzeit stünden noch ungefähr 20 Verfahren aus. Der Antragsstau werde voraussichtlich bis August abgearbeitet sein. Zunächst würden die alten Anträge abgearbeitet; dann folgten neue.

c) Verbraucherschutzindex

M Dr. Rumpf geht auf die Veröffentlichung des Verbraucherschutzindex ein, die vom Bundesverband der Verbraucher zentral erhoben worden sei. Wie bereits in den Vorjahren auch wolle auch sie deutlich machen, dass aus der Sicht Schleswig-Holsteins die Indikatoren für die verschiedenen Bereiche keine hinreichende Aussage für einen guten oder schlechten Verbraucherschutz beinhalteten. Im Folgenden gibt sie eine Übersicht über die Ergebnisse dieses Berichts.

d) Bericht über die Luftqualität in Schleswig-Holstein

M Dr. Rumpf gibt vor Veröffentlichung einen Überblick über die Luftqualität in Schleswig-Holstein.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 14:25 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin